



1999/29 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/1999/29/1000-mark-fuers-kz>

Zwangsarbeiter-Ausgleich

1000 Mark fürs KZ

Von **Andreas Dietl**

<none>

Kaum paßt Bodo Hombach einmal nicht auf, schon läuft alles falsch bei den Gesprächen um die Entschädigung von NS-Opfern. Da wischte Anfang vergangener Woche die Historikerguppe um den Kanzlerberater Lutz Niethammer einfach den unter Federführung des Kanzleramtschefs verfaßten Vorschlag zur Entschädigung vom Tisch. Und Ende der Woche war das schon Stand der Dinge bei den Gesprächen zwischen ehemaligen Zwangsarbeitern, deren Anwälten und Verbänden und Vertretern osteuropäischer Staaten einerseits sowie der Bundesregierung und einem Teil der deutschen Konzerne, die von der Zwangsarbeit profitierten, andererseits.

Aus der Diskussion war damit Hombachs Vorschlag, die Zahlungen aus dem von deutschen Konzernen gebildeten Fonds einzuschränken, indem von vorne herein nur solche Zwangsarbeiter aufgenommen werden, die mehr als sechs Monate Sklavenarbeit leisten mußten. Keine Rede ist auch mehr davon, die Höhe der Zahlungen an das Rentenniveau in den Ländern anzupassen, wo die einstigen Zwangsarbeiter heute leben - ein Vorschlag ganz nach dem Geschmack der einstigen Sklavenhalter, die sich für ein paar Mark von einem Großteil der Forderungen aus Osteuropa loskaufen könnten.

Jetzt soll es nur noch eine Unterscheidung von zwei Opfergruppen geben: Die "Schwerstgeschädigten", die in einem KZ, im Ghetto oder im Umerziehungslager zur Zwangsarbeit genötigt wurden, und die anderen, die zumeist in der Landwirtschaft oder bei Stellen des NS-Staates Zwangsarbeit leisteten. Zu dieser zweiten Gruppe gehören rund 70 Prozent der ehemaligen Zwangsarbeiter.

Die Unterscheidung ist zunächst einsichtig, erscheint es doch vorrangig, den wenigen Überlebenden der 20 000 NS-Lager zu einem materiell einigermaßen gesicherten Leben zu verhelfen. Von einer Entschädigung zu sprechen, verbietet sich dennoch: Die wäre auch mit wesentlich größeren Finanzmitteln nicht möglich, als sie der Fonds von 16 deutschen Konzernen angeblich bisher enthält - die Rede ist von rund drei Milliarden Mark; genaue Zahlen verweigern die Fondsmanager bislang. Auch über die Zahl der noch lebenden Zwangsarbeiter, die von den Zahlungen profitieren könnten, bestehen Differenzen: Während Historiker von bis zu 1,5 Millionen ausgehen, meinen die Konzerne nur 400 000 bis 700 000 entschädigen zu müssen. Sollte tatsächlich wie geplant die Hälfte der Fondsgelder für Jugendaustausch und Forschungsprojekte aufgewendet werden, dann würde das für jeden Zwangsarbeiter eine

Summe zwischen 1 000 und 3 500 Mark bedeuten

© Jungle World Verlags GmbH